§ 6

~ Schlußbestimmungen

(1) Der Präsident der Deutschen Notenbank erläßt im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen in Durchführung dieser Verordnung Anordnungen über die einzelnen Verrechnungsverfahren. Er ist berechtigt, im Rahmen der Grundsätze dieser Verordnung weitere Verrechnungsverfahren entsprechend den ökonomischen Erfordernissen einzuführen. Im Einvernehmen mit den Leitern der zuständigen zentralen Staatsorgane kann der Präsident der Deutschen Notenbank für bestimmte zwischenbetriebliche Verrechnungen das anzuwendende Verfahren anordnen.

(2) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1965 in Kraft.

(3) Gleichzeitig treten außer Kraft:

- a) die Anordnung vom 28. April 1955 über die Verrechnung von Geldverbindlichkeiten durch Akkreditivstellung — AK-Verfahren — (Sonderdruck Nr. 81 S. 58 des Gesetzblattes),
- b) die Anordnung vom 24. März 1961 über die Verrechnung von Geldforderungen durch Forderungseinzug — FE-Anordnung — (GBl. II S. 142),
- c) die Anordnung vom 24. März 1961 über die Verrechnung von Geldforderungen durch Rechnungseinzug — RE-Anordnung — (GBl. II S. 144),
- d) die Anordnung Nr. 2 vom 5. Dezember 1962 über die Verrechnung von Geldforderungen durch Rechnungseinzug — Forderungen gegen General- und Hauptauftragnehmer, Bau-, Anlagenbau- und Montagebetriebe, die am Ort volkswirtschaftlich wichtiger Investitionsvorhaben finanziert werden - (GBl. II 1963 S. 37).

(4) Die Verordnung vom 23. März 1961 über die Gewährung kurzfristiger Kredite zur Finanzierung von Beständen und Forderungen (GBl. II S. 123) wird wie folgt geändert:

a) § 10 Abs. 2 wird gestrichen.

b) § 12 Abs. 2 erhält folgende Neufassung:

„(2) Die Tilgung der überfälligen Kredite hat durch die Betriebe im Zusammenhang mit der Beseitigung der wirtschaftlichen Ursachen, die zum überfälligen Kredit führten, zu erfolgen. Unabhängig von der Beseitigung der Ursachen ist die Bank jedoch berechtigt, den überfälligen Kredit aus den Geldeingängen abzudecken. Dabei ist die Zahlung der Bruttolöhne, die Abführung der Gewinne und aller sonstigen Haushaltsverpflichtungen entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen zu gewährleisten.“

(5) § 25 Abs. 3 der Verordnung vom 19. März 1964 über Lieferungen und Leistungen an die bewaffneten Organe — Lieferverordnung (LVO) — (GBl. II S. 271) wird gestrichen.

Berlin, den 3. September 1964

**Der Ministerrat
der Deutschen Demokratischen Republik**

Der Präsident
der Deutschen Notenbank
Dietrich

Stoph
Erster Stellvertreter
des Vorsitzenden
des Ministerrates

Anordnung

**über die Verrechnung von Geldforderungen und
Geldverbindlichkeiten aus zwischenbetrieblichen
Ware-Geld-Beziehungen im Überweisungs-
verfahren.**

— Überweisungs-Anordnung —

Vom 3. September 1964

In Durchführung des § 6 Abs. 1 der Verrechnungs-Verordnung vom 3. September 1964 (GBl. II S. 765) wird im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen folgendes angeordnet:

K

Geltungsbereich

(1) Der Geltungsbereich dieser Anordnung wird durch die Regelung im § 1 der Verrechnungs-Verordnung bestimmt.

(2) Für Zahlungen durch Überweisung außerhalb des Geltungsbereiches dieser Anordnung gelten die allgemeinen Grundsätze des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.

§ 2

Verrechnungsgrundsätze

(1) Das Überweisungsverfahren kommt unter den Bedingungen des § 2 der Verrechnungs-Verordnung für die Verrechnung von Geldforderungen und Geldverbindlichkeiten aus zwischenbetrieblichen Ware-Geld-Beziehungen zur Anwendung, wenn

- a) die Verrechnung in diesem Verfahren zwischen Verkäufer und Käufer vereinbart oder gesetzlich vorgeschrieben ist oder
- b) eine Vereinbarung oder gesetzliche Festlegung über die Anwendung eines anderen Verrechnungsverfahrens nicht besteht oder
- c) die weitere Verrechnung im Lastschriftverfahren gemäß § 3 Abs. 1 der Verrechnungs-Verordnung abgelehnt worden ist.

(2) Bei Warenlieferungen oder sonstigen Leistungen, die kontinuierlich und in der Regel gleichbleibend nach Umfang und Qualität erfolgen, können die Vertragspartner die Überweisung von Raten zu bestimmten Terminen vereinbaren.

(3) Das Überweisungsverfahren kommt nicht zur Anwendung, wenn der Verkäufer auf Grund von gesetzlichen Bestimmungen die Anwendung des Akkreditivverfahrens verlangt hat.

§ 3

Verrechnung

(1) Der Verkäufer hat dem Käufer unter Benutzung der hierfür vorgeschriebenen Vordrucke zusammen mit der Rechnung einen vorbereiteten Gutschriftsträger (einschließlich einer neutralen Kopie des Gutschriftsträgers) zu übersenden. Das gilt nicht, wenn der Käufer den Preis nach den gesetzlichen Bestimmungen selbst errechnet oder zwischen Käufer und Verkäufer eine andere Regelung vereinbart ist.